



Universität Bielefeld, Postfach 10 01 31, 33501 Bielefeld

Landtag Nordrhein-Westfalen
z. H. des Vorsitzenden des
Ausschusses für Schule und Bildung
Herrn Florian Braun
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
18/1600**

A15, A05

**Stellungnahme im Rahmen der Sachverständigenanhörung
zum Antrag „A15 – Demokratische Werte – 02.07.2024“,
Drucksache 18/8433 von Prof. Dr. Bettina Zurstrassen**

20.06.2024

Sehr geehrter Herr Braun,
sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Schule und Bildung,
sehr geehrte Damen und Herren,

den Antrag der Fraktionen CDU/Grüne, die politisch-demokratische
Bildung zu stärken, begrüßen ich und die Mitglieder des Vorstands der
DVPB NW im Grundsatz.

Vorweg anzumerken ist, dass im Feld der politisch-demokratischen
Bildung kein Mangel an Vorschlägen von Maßnahmen zur Förderung
der (schulischen) politischen Bildung besteht, sondern ein politisches
und an vielen Schulen auch ein institutionelles Umsetzungsdefizit
vorliegt. Angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen, für den
Erhalt der Demokratie in Nordrhein-Westfalen herausfordernden
Entwicklung, der zu bewältigenden gesellschaftlichen und
ökonomischen Transformationsprozesse, des zunehmenden
Infragestellens von Grund- und Menschenrechten sind viele der im
Antrag formulierten Maßnahmen sehr zu begrüßen. Nötig und
wünschenswert wäre aber eine über die Fraktionsgrenzen
hinausreichende, weitblickende Strategie zur Forcierung der
Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung der politisch-
demokratischen Bildung an Schulen.

**Politisch-demokratische Bildung stärkt politische Partizipation
und Demokratiezufriedenheit**

Neben dem Elternhaus und den (sozialen) Medien ist die Schule für
Kinder eine der wichtigsten Institutionen der Demokratiebildung, wobei

Fakultät für Soziologie
Didaktik der Sozialwissenschaften

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen
Vorsitzende der DVPB NW

Raum X-C3-240
Telefon 0521 106-3988
Fax 0521 106-153985
bettina.zurstrassen@uni-bielefeld.de
www.uni-
bielefeld.de/soz/personen/zurstrassen

Universität Bielefeld
Universitätsstraße 24
33615 Bielefeld

Bankverbindung:
Landesbank Hessen-Thüringen
IBAN: DE46 3005 0000 0000 0610 36
SWIFT-BIC: WELADEDXXX

Steuernummer: 305/5879/0433
USt-IdNr.: DE811307718
Finanzamt Bielefeld-Innenstadt

politisch-demokratische Bildung hier auch korrigierend intervenieren muss.

Laut dem „Kinderreport Deutschland 2024“ sehen 73 Prozent der Kinder und Jugendlichen vor allem die Schulen und Kindertagesstätten in der Verantwortung, ihnen politische Bildungschancen zu eröffnen.¹ Kinder äußern den Bedarf nach politischer Bildung und fordern mehr politische Partizipationsmöglichkeiten, auch an Schulen, die traditionell mit dem Aushandeln des Widerspruchs zwischen demokratischer Schule und asymmetrischen Beziehungs- und Machtverhältnissen (Erziehungsauftrag, gesellschaftliche Selektions- und Platzierungsfunktion) konfrontiert sind.

Die Erwartungen von Kindern und Jugendlichen an die Schule dürften auch dadurch begründet sein, dass in Familien die Zeitfenster für Gespräche über allgemeine Themen und über Politik insbesondere immer kleiner werden. Politisch-gesellschaftliche Orientierung erwarten sie deshalb insbesondere von den Bildungseinrichtungen.

Die Investition in politisch-demokratische Bildung und Partizipationsmöglichkeiten an Schulen (und anderen Bildungseinrichtungen) lohnen sich. Partizipative Strukturen an Schulen, Kenntnisse über politisch-demokratische Prozesse, ein Verständnis über gesellschaftliche Zusammenhänge fördern das Gefühl politischer Selbstwirksamkeit und in der Folge die Bereitschaft zu politischer Partizipation und sozialem Engagement. Sie fördern soziale Integration und Demokratiezufriedenheit (Abs/Hahn-Laudenberg 2017)². Kurz, politisch-demokratische Bildung wirkt.

Stellungnahme und Empfehlungen zu Maßnahmen zur Stärkung politisch-demokratischer Bildung

Die im Antrag formulierten Maßnahmen zur Stärkung politisch-demokratischer Bildung verbleibt in Teilen etwas im Unkonkreten.

Auch in meiner Funktion als eine der Vorsitzenden der DVPB NW sehe ich einen dringenden Handlungsbedarf u.a. in den nachfolgend aufgelisteten Bereichen, die ich in der Stellungnahme nur skizzieren kann, in der Sachverständigenanhörung aber gerne vertiefend ausführen werde.

a) Gleiche politische Bildungschancen für alle Lernenden

Die Strukturen sozialer Ungleichheit im Bildungssystem spiegeln sich auch im Feld der politisch-demokratischen Bildung. Entscheidend hierfür sind sozioökonomisch bedingte ungleiche politische Bildungs- und demokratische Partizipationschancen in den Herkunftsfamilien (Albert 2019, S. 95; Zurstrassen2022)³. Diese Strukturen zu kompensieren, zumindest zu reduzieren, gelingt an Schulen nicht. Im Gegenteil, im Schulsystem bestehen Strukturen institutioneller Diskriminierung, im konkreten Fall auf curricularer Ebene, die dazu

¹ Deutsches Kinderhilfswerk (2024): Kinderreport Deutschland.2024. Demokratiebildung in Deutschland. Online:

https://www.dkhw.de/filestorage/1_Informieren/1.1_Unsere_Themen/Kinderrechte/Kinderreport/Kinderreport_2024/DKHW_Kinderreport_2024.pdf.

² Abs: Hermann Josef/Hahn-Laudenberg, Katrin (Hrsg.) (2017): Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster, New York.

³ Albert, Mathias u.a. (2019): 18. Shell-Jugendstudie. Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. Weinheim.

Zurstrassen, Bettina (2022): Politische Bildung, soziale Ungleichheit und Partizipation. Politische Bildung im Interesse bildungsdiskriminierter Kinder und Jugendlicher. In: Neutralität ist keine Lösung. Politik, Bildung – politische Bildung. In: Wohnig Alexander/ Zorn Peter (Hrsg.): Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 10592. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung: 219-232.

führen, dass die Strukturen sozialer Ungleichheit reproduziert und sogar vertieft werden. In der ICCS-Studie, auf die auch im Antrag Bezug genommen wird, kritisieren die Autoren beispielsweise den engen Fokus auf Berufsorientierung und Lebensgestaltung an Hauptschulen und weisen auf die Gefahr hin, dass die politische Dimension z. B. in Bezug auf gesellschaftlich getroffene Entscheidungen, die den Einzelnen betreffen, vernachlässigt werde. So erhalten Lernende an Hauptschulen gegenüber denen am Gymnasium systematisch weniger Lerngelegenheiten, die sie für die demokratische Bürgerrolle, zur Interessenvertretung und zu einer Mitverantwortung für die politische, soziale und wirtschaftliche Gestaltung qualifizieren (Abs/Bacia 2017, S. 14).⁴

Im Antrag wird vorgeschlagen, die Landesregierung zu beauftragen „zu prüfen, inwieweit die Kernlehrpläne in den Gesellschaftswissenschaften mit Blick auf den gesamten Fächerkanon verantwortungsvoll weiterzuentwickeln sind (...)“ (S. 5).

Ich empfehle insbesondere an den Förder-, Haupt-, Real, Sekundar- und Grundschulen sowie am Berufskolleg eine Stärkung der politisch-gesellschaftlichen Bildungsanteile in den Curricula, um mehr Chancengleichheit zu ermöglichen.

Im Sachunterricht (Grundschule) ist politische Bildung auch verankert, wird aber – ausgehend von den Forschungsdaten (Bade 2023)⁵ und den Rückmeldungen, die wir von Studierenden aus dem Praxissemester erhalten – kaum umgesetzt. Die Lehrkräfte äußern ihre Unsicherheit im Umgang mit der sozialwissenschaftlichen Perspektive. Diese Einblicke in die schulische Praxis sind umso besorgniserregender, weil bereits an Grundschulen durch Schüler: innen und Eltern antisemitische, rassistische und allgemein gruppenbezogene diskriminierende Äußerungen, Darstellungen vorkommen.

Erforderlich erscheint nicht nur eine curriculare Stärkung, sondern auch Maßnahmen, um an Grundschulen eine höhere Verbindlichkeit für politische Bildung zu gewährleisten.

Die Hochschulen sollten des Weiteren verpflichtet werden, im Fachstudium im Besonderen und in der Lehrerbildung im Allgemeinen (siehe Ausführungen unten) die Problematik sozial ungleicher Bildungschancen im Feld der politisch-ökonomischen Bildung sowie ihre fachdidaktische Bearbeitung in den Studienplänen für das Lehramt „Wirtschaft-Politik“⁶ sowie Sozialwissenschaften (und andere Fachbezeichnungen) zu verankern. Auch durch das Handeln von Lehrkräften können die sozial ungleichen politischen Bildungschancen verstärkt werden, z. B. indem Lernenden aufgrund negativer Zuschreibungen hinsichtlich ihres Leistungsvermögens oder ihrer sozialen Herkunft politische Bildungs- und Partizipationschancen vorenthalten werden (Achour/Wagner 2019; Zurstrassen 2022, S. 226).⁷

b) Demokratie lernen in demokratischen Schulen

Im Antrag wird empfohlen, den Inhalt „Aufbau und die Funktionsweise des demokratischen Systems zu vermitteln“ (S. 5).

⁴ Abs, Hermann/Bacia, Ewa (2017): Politische und zivilgesellschaftliche Bildung in Kernlehrplänen. In.: siehe Fußnote 2, S. 27-46.

⁵ Bade, Gesine (2023): Lehrkräfte im Sachunterricht zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Unterschätzte Potentiale Politischer Bildung in der Grundschule, Frankfurt am Main.

⁶ Im Antrag wird die Fachbezeichnung „Politik-Wirtschaft“ verwendet (S. 5). Leider wurde die Fachbezeichnung 2021 in „Wirtschaft-Politik“ geändert. Die DVPB NW hat diese Maßnahme kritisiert, weil wir den Standpunkt vertreten, dass in einer Demokratie ein Prius der Politik besteht.

⁷ Achour, Sabine/Wagner, Susanne (2019): Wer hat, dem wird gegeben: Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen. Berlin. Zurstrassen, siehe Fußnote 3.

An allen Schulformen ist dieser Lerngegenstand curricular verankert, in den (Kern-)Lehrplänen für die Sekundarstufe I und II sogar als eigenes Inhaltsfeld. Des Weiteren werden auch in vielen anderen Inhaltsfeldern der Aufbau und die Funktionsweise des politischen Systems Deutschlands (aber auch der EU sowie supranationaler politischer Organisationen) aufgegriffen.

Kenntnisse über das politische System und seine Funktionsweise sind für die Befähigung zu politischer Partizipation zentral. Dennoch warne ich davor, politische Bildung auf Institutionenkunde zu fokussieren oder gar zu reduzieren, da diese nur bedingt an den lern-, orientierungs- und entwicklungspsychologischen Bedürfnissen der Lernenden anknüpft (hierauf wird im Antrag eingegangen). Zielorientierter ist es,

a) die partizipativen Strukturen an Schulen zu stärken, indem die Institution Schule als Ort demokratischen Lernens, Handelns und Erlebens weiterentwickelt wird.

b) die Funktionsweise und die Herausforderungen für das demokratische System integriert mit denjenigen Inhalten zu unterrichten, bei denen Kinder und Jugendliche ein besonderes Orientierungsbedürfnis haben. Empirische Studien weisen darauf hin, dass Kinder und Jugendliche vor allem das Bedürfnis nach einer schulischen Auseinandersetzung mit Politikfeldern wie soziale Ungleichheit, Klimawandel und Nachhaltigkeit, Migration, Antisemitismus, Rassismus und allgemein gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aber auch Wirtschaftspolitik (Inflation, Arbeitsmarktentwicklung; Sinus 2024, JIM-Studie)⁸ haben.

c) Zeitfenster erweitern für politisch-demokratisches Lernen, Handeln und Erleben: gestaltungsorientierte politisch-demokratische Bildung

Woran es der politisch-demokratischen Bildung an Schulen mangelt, ist vor allem Unterrichtszeit. Lehrlernmethoden wie die Demokratiewerkstatt, Hearing, Expertenbefragung, Pro- und Contra-Debatte, Amerikanische Debatte, Dilemma-Methode, die Analyse politischer Reden, Design Thinking Methode, der Besuch im Landtag (inkl. Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung) etc. beanspruchen Lernzeit. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Stundentafeln für politisch-gesellschaftliche Bildung aufgestockt würden, damit diese (und weitere) Lehrlernmethoden systematisch und fundiert im Unterricht aller Schulformen umgesetzt werden können.

Des Weiteren sollten Zeitfenster eröffnet werden, um z. B. Makromethoden wie die Zukunftswerkstatt, die Szenariotechnik, Betzavta-Methode, Design-Thinking Methode, Projekte zu Stadtteilentwicklung umzusetzen, die den Fokus auf die Gestaltung und Entwicklung von Zukunft(svisionen) legen. Politisch-demokratische Bildung muss den Fokus deutlich stärker als bisher auf die Befähigung zur Gestaltung von Gesellschaft legen. Sie muss Räume öffnen, dass Kinder und Jugendliche sich kreativ und konstruktiv mit Zukunftsvisionen auseinandersetzen können. Das ist angesichts der gesellschaftlichen Zukunftsangst vieler Kinder mit Blick auf die zu bewältigenden Transformationsprozesse mit denen sie gegenwärtig und zukünftig konfrontiert sind, dringend geboten.

Wenn wir politisch-demokratische Bildung und Sozialisation nicht Instagram, TikTok und Co. überlassen möchten, Kinder und Jugendliche zum kritischen Umgang mit (Sozialen) Medien

⁸ Calmbach, Marc u.a. (2024): Sinus-Jugendstudie 2024. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Bonn. (Schriftenreihe bpb, Nr. 11133).
Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2023): JIM-Studie 2023. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12.-19-Jähriger. Online:
https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2022/JIM_2023_web_final_kor.pdf.

befähigen möchten, dann braucht es mehr zeitliche Ressourcen und gut ausgebildete Lehrkräfte.

d) Anteil fachfremd erteilten Unterrichts in den Unterrichtsfächern „Wirtschaft-Politik“, „Gesellschaftslehre“ (und andere Fachbezeichnungen) reduzieren

Die Qualität von Unterricht, der Lernerfolg der Schüler:innen korreliert eng mit der fachdidaktischen, fachwissenschaftlichen und pädagogischen Kompetenz der Lehrenden. In keinem Unterrichtsfach ist der fachfremd erteilte Unterricht höher als im Bereich der politischen Bildung.

Tabelle: Fachfremd erteilter Unterricht im Schuljahr 2021/22 Sekundarstufe I

Schulform	Anteil fachfremd erteilten Unterrichts in Prozent
Hauptschule	80,7
Realschule	58,3
Sekundarschule	78,0
Gesamtschule	61,7
Gymnasium	23,2

Quelle: Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2022): Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2021/22. Statistische Übersicht Nr. 417. Online:

https://www.schulministerium.nrw/system/files/media/document/file/quantita_2021.pdf, S. 130-131. (Zusammenstellung der Daten durch Zurstrassen)⁹.

In solchen Zahlen drückt sich eine mangelnde Wertschätzung des Bildungsbereichs aus. Auch in solchen Zahlen werden Strukturen institutioneller Diskriminierung in der politischen Bildung deutlich. Je niedriger eine Schulform in der Statushierarchie des Bildungssystems angesiedelt ist, desto höher ist der Anteil fachfremd erteilten Unterrichts. Lernende, die am stärksten auf schulische politische Bildungsangebote angewiesen sind, erhalten weniger und oft fachfremd erteilten Unterricht in „Wirtschaft-Politik“.

Politikunterricht ist fachlich und fachdidaktisch sehr anspruchsvoll und pädagogisch in den „globalisierten Klassenzimmern“ herausfordernd. Es gibt Anzeichen, dass Lehrkräfte es zunehmend vermeiden, gesellschaftlich-kontroverse Themen im Unterricht aufzugreifen (Überforderung, Konfliktvermeidung etc.). Um einen fachgerechten politisch-ökonomischen (sozialwissenschaftlichen) Unterricht zu sichern, empfehle ich folgende Maßnahmen:

- Schulleitungen müssen verpflichtet werden, Lehrkräfte mit Fakultas für „Wirtschaft-Politik“ bzw. „Sozialwissenschaften“ einzustellen, um einen fachgerechten Unterricht sicherzustellen. Derzeit reichen im Unterrichtsfach „Sozialwissenschaften“ nicht die Lehrkräftekapazitäten aus, um den Unterrichtsbedarf abzudecken (Ministerium für Bildung und Kultur NRW 2023, S. 17)¹⁰. Gemäß den Vorausberechnungen des

⁹ Für das Schuljahr 2022/23 wurde die statistische Erfassung geändert, weshalb für viele Schulformen für diesen Zeitraum keine aussagekräftigen Daten vorliegen.

¹⁰ Online: Ministerium für Schule und Kultur des Landes Nordrhein-Westfalen (2023): Vorausberechnungen zum Lehrkräftearbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen. Einstellungschancen für Lehrkräfte bis zum Schuljahr 2044/2045. Online:

Lehrkräftebedarfs sind die Einstellungschancen im Bereich der Sekundarstufe I zwar „sehr gut“ (ebd. S. 19), vielfach schreiben Schulleitungen aber im Rahmen schulscharfer Einstellungsverfahren nicht für „Wirtschaft-Politik“/ „Sozialwissenschaften“ aus.

- Für die Gewinnung von qualifizierten, engagierten Lehrkräften ist politische Verlässlichkeit erforderlich. Die Konflikte um die Lehramtszugangsverordnung 2021 (≠SowiBleibt) haben innerhalb der Schüler-, Studierenden- und Lehrerschaft zu erheblichen Unsicherheiten und Frustration geführt. Studierende, die ein Studium aufnehmen, müssen die Sicherheit haben, dass ihnen nicht nachträglich die Lehrbefähigung oder der Zugang an die Schulen entzogen wird.

e) Politisch-demokratische Bildung in allen Lehramtsstudiengängen verankern

Politik- und Demokratiebildung ist eine Fach- und eine Querschnittsaufgabe an Schulen. Sie kann das Unterrichtsfach „Wirtschaft-Politik“ aber nicht ersetzen. Dennoch liegt viel Potenzial in fächerverbindenden Projekten. Aus der (in Teilen gescheiterten) Implementation des fächerintegrierende/fächerübergreifenden Lernfeldansatzes am Berufskolleg wissen wir, dass fächerübergreifendes Lehren und Lernen fachdidaktisch, fachwissenschaftlich und organisatorisch voraussetzungsreich ist. In besonderer Weise hierfür qualifiziert sind Lehrkräfte, die Sachunterricht, Wirtschaft-Politik oder Sozialwissenschaften studiert haben, weil in diesen Studien- und Unterrichtsfächern Fächerintegration fachwissenschaftlich und fachdidaktisch systematisch angelegt wird. Um die fachliche Qualität zu sichern und einer Verantwortungsdiffusion bei fächerübergreifendem Lernen entgegenzuwirken, sollten Unterrichtsprojekte zur politisch-demokratischen Bildung in den Verantwortungsbereich dieser Lehrkräfte gelegt werden. Zugleich ist eine curriculare Verankerung notwendig.

Wie oben bereits erwähnt ist Demokratiebildung eine Fach- und eine Querschnittsaufgabe an Schulen. Damit Lehrkräfte aller Unterrichtsfächer dieser Aufgabe nachkommen können, müssen sie erstens hierfür sensibilisiert (Verantwortungsübernahme) und zweitens qualifiziert werden. Es bedarf fachwissenschaftlicher, fachdidaktischer und lehrlermethodischer Grundlagen, um pädagogisch sicher und professionell handeln zu können.

In der universitären Lehrerbildung sollten Seminare zu Demokratiebildung, auch mit Bezug auf fächerübergreifende Lernangebote verpflichtend für alle Lehramtsstudiengänge verankert werden.

f) Stärkung der politischen Bildung in der beruflichen Bildung an Berufskollegs und in Ausbildungsbetrieben

Bereits unter „a“ wurde die Empfehlung geäußert, die politische Bildung im berufsbildenden Bereich zu stärken. Diese Schulform leistet eine enorme gesellschaftliche Integrationsarbeit. Sie ist für einige Lernende die erste (z. B. für Menschen mit Fluchthintergrund) und für viele die letzte Begegnung mit institutionalisiert verfassten politisch-demokratischen Bildungsangeboten. Der Übergang vom allgemeinbildenden Schulsystem in die berufliche Ausbildung gilt als eine der sensiblen politischen Sozialisationsphasen. Das Interesse an politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen ist hoch, weil die Lernenden angesichts der vielfältigen neuen Lebensherausforderungen (z. B. Integration in die Arbeitswelt, Diversifizierung sozialer Rollen) Orientierung suchen. Diesem Bedürfnis der Lernenden kommt die berufsbildende Schule oft nicht nach bzw. curricular werden gesellschaftspolitische Themen zunehmend

verdrängt oder die Politikstunde zur Aufarbeitung von Lerninhalten anderer Unterrichtsfächer genutzt.

Es bedarf jedoch nicht nur an den berufsbildenden Schulen einer Stärkung politischer Bildungsangebote (z. B. zur ökonomischen Perspektive gleichgewichtete Verankerung politischer Bildung in den Kammerprüfungen), die an die Lebenswelten der Lernenden anknüpft, sondern auch in den Betrieben. Das Berufliche ist politisch. Gesellschaftliche Transformationsprozesse (z. B. Nachhaltigkeit) müssen in einem wesentlichen Ausmaß in und durch Berufsarbeit bewältigt werden. Die Arbeitswelt ist zudem ein bedeutsamer Ort demokratische Kompetenzen zu erwerben und anzuwenden (Kiess/Schmidt 2020).¹¹ Das BiBB (Berufsbildungsinstitut) hat ausgehend von den Veränderungen in der Arbeitswelt 2021 die Standardberufsbildpositionen¹² modernisiert (z. B. Digitalisierung der Arbeitswelt, Organisation des Ausbildungsbetriebes, Berufsbildung sowie Arbeits- und Tarifrecht und Umweltschutz und Nachhaltigkeit), diese sollten systematisch in die betriebliche Ausbildung integriert werden. Die Betriebe sind hier auch angewiesen auf Bildungsmaterialien, die z. B. von der bpb (Bundeszentrale für politische Bildung) oder der Landeszentrale für politische Bildung NRW bereitgestellt werden könnten (zum Themenfeld Nachhaltigkeit läuft derzeit ein BMBF-Programm „Nachhaltigkeit im Beruf“). Der Zugriff der Bildungspolitik auf Kammerprüfungen und die betriebliche Ausbildung ist begrenzt, was aber auch deutlich macht, dass Demokratiebildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

g) Starker politisch-gesellschaftlicher Rückhalt für Lehrkräfte

Schule ist ein Seismograf für politisch-gesellschaftliche Konflikte. Das Aushandeln dieser erfolgt nicht nur, aber in besonderer Weise im Unterrichtsfach „Wirtschaft-Politik“, Gesellschaftslehre, Sozialwissenschaften (und anderen Fachbezeichnungen). Verstärkt berichten Lehrkräfte von Drohungen, Beschimpfungen, Sachzerstörung bis hin zu physischen Angriffen ihnen gegenüber. Diese Handlungen sind zunehmend, so mein Eindruck, politisch motiviert. Der DVPB NW wird rückgemeldet, dass Lehrkräfte das Gefühl und die Erfahrung mangelnden Rückhalts seitens der Schulleitung, der Kollegien, der Bezirksregierungen und der Politik registrieren. Es entsteht ein Gefühl der Vereinzelung.

- Bei den Bezirksregierungen sollten fachlich versierte und sensibilisierte Vertrauenspersonen benannt werden, an die sich Lehrkräfte vertraulich wenden können, die aufgrund ihres Einsatzes für die freiheitlich-demokratische Gesellschaft Repressionen an Schulen durch Schüler:innen und deren Familien, Kolleg:innen oder gar Schulleitungen erfahren. Die Lehrkräfte brauchen Unterstützungsangebote.
- Dringend notwendig ist es zudem, eine Informationsbroschüre für Schulleitungen, Lehrkräfte, aber auch für Eltern und Schüler:innen zu entwickeln, wie in Fällen politisch motivierter Handlungen gegen Lehrkräfte und Schüler:innen zu verfahren ist. Zu diesem Problemfeld sollten an Schulen Lehrerfortbildungen und Lehrerkonferenzen stattfinden, damit in den Kollegien ein Verständnis und ggf. Richtlinien gemeinsamen Handelns bei politisch motivierter Gewalt (weiter Gewaltbegriff) aufgestellt werden.

¹¹ Kiess, Johannes/Schmid, Andre (2020): Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: industrial citizenship zur Stärkung der Demokratie. In: Decker, O./Brähler, E. (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismusstudie 2020. Gießen, S. 119-147.

¹² BIBB-Hauptausschuss (2021): Erläuterungen zu den modernisierten Standardberufsbildposition. Online: https://www.bibb.de/dokumente/pdf/HA_Erlaeuterungen-der-integrativ-zu-vermittelnden-Fertigkeiten-Kenntnisse-und-Faehigkeiten.pdf

- Des Weiteren muss auch die Justiz für solche „Vorfälle“ sensibilisiert werden. Lehrkräfte sind Repräsentanten des Staates und Drohungen, Beschimpfungen, Sachbeschädigungen und physische Gewalt gegen sie, richten sich auch gegen den Staat, das Grundgesetz und die Gesellschaft insgesamt.